

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BMBWF-10.000/0228-Präs/9/2018

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2020/J-NR/2018 betreffend Bilanz der EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Bildung, die die Abg. Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen am 17. Oktober 2018 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 3:

- *Welche Maßnahmen und Veranstaltungen wurden im Bereich „Bildungen“ während der österreichischen Ratspräsidentschaft gesetzt? Bitte um differenzierte Darstellung nach Veranstaltung, Maßnahme und betreffenden Schwerpunkt (z.B. Zukunft der EU Bildungskooperation, ET 2020, European Education Area, Erasmus+ [sic!], ...)*
  - a. *Habe [sic!] alle Veranstaltungen wie angekündigt und geplant stattgefunden?*
- *Welche konkreten Erwartungen bzw. Ziele gab es für diese einzelnen Maßnahmen bzw. Veranstaltungen hinsichtlich der verschiedenen Schwerpunkte?*
- *Welche konkreten Ergebnisse haben diese Maßnahmen bzw. Veranstaltungen hinsichtlich der verschiedenen Schwerpunkte gebracht?*
  - a. *Ist das BMBWF zufrieden mit den Ergebnissen?*

Dem österreichischen Ratsvorsitz unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ liegt ein detailliertes nationales Programm zugrunde, das drei Hauptschwerpunkte definiert. In jedem dieser Schwerpunktbereiche konnten in den letzten Monaten wichtige Fortschritte erzielt werden. Österreich nützt die Chancen, die EU im Rahmen des Ratsvorsitzes positiv mitzugestalten und setzt dabei erfolgreich Schwerpunkte und Prioritäten auf der Tagesordnung der EU.

Im Bereich Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration konnte bei dem informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 20. September in Salzburg die Trendwende in der

europäischen Migrationspolitik, insbesondere der verstärkte Fokus auf den Außengrenzschutz, die Stärkung von Frontex sowie die Intensivierung der Partnerschaft mit Afrika auf Augenhöhe, bestätigt werden. Beim Europäischen Rat am 18. Oktober in Brüssel wurde diese Richtung erneut bekräftigt. Um einen konkreten Beitrag zu dem vorgeschlagenen neuen afrikanisch-europäischen Bündnis für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze zu leisten, veranstaltet der österreichische Ratsvorsitz ein hochrangiges Forum Afrika-Europa am 18. Dezember in Wien, zu dem sowohl Staats- und Regierungschefs der EU und afrikanischer Staaten, als auch Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft erwartet werden.

Im Bereich der Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung konnten in den letzten Monaten bereits zahlreiche Ergebnisse erzielt werden. Dazu zählen die substantielle Annäherung in der Diskussion um eine faire Besteuerung von digitalen Inhalten, die Unterzeichnung des Rechtsakts zum Zentralen Digitalen Zugangstor sowie mehrere wichtige Entscheidungen zu Reformen im Mehrwertsteuerbereich beim ECOFIN-Rat. Auch beim Klimaschutz konnten durch die gemeinsame ehrgeizige Position zur Weltklimakonferenz COP24 und die Einigung auf die 35% Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes für PKWs bis 2030 wichtige Meilensteine für die österreichische Ratspräsidentschaft erreicht werden.

Als dritten Schwerpunktbereich setzt Österreich auf die Stabilität in der Nachbarschaft und Heranführung des Westbalkans an die EU. Österreich agiert als Brückenbauer und unterstützt den Annäherungsprozess des Westbalkan auf Basis klarer Kriterien. In den letzten Monaten bereisten der Bundeskanzler, Bundesminister Blümel und Staatssekretärin Edtstadler die Länder des Westbalkan, um die Bemühungen zur Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen zu unterstützen. Die Westbalkanstaaten wurden intensiv in die Konferenzen und Tagungen unter dem österreichischen Ratsvorsitz eingebunden.

Insgesamt fanden unter dem österreichischen Ratsvorsitz bis zum Anfragestichtag bereits ein Europäischer Rat, ein informeller Gipfel (in Salzburg), 14 formelle Räte in Brüssel und Luxemburg, 13 informelle Ministertreffen, über 800 Sitzungen in Vorbereitungsgremien (Ausschuss Ständige Vertreter I und II, Ratsarbeitsgruppen) sowie rund 200 weitere Vorsitz-Veranstaltungen in Österreich statt. Des Weiteren wurden bislang 26 Rechtsakte mit dem Parlament unterzeichnet, der Rat nahm 15 Einigungen zu Rechtsakten / Verhandlungsergebnisse mit dem Europäischen Parlament an, mit dem Europäischen Parlament konnten die Trilog-Verhandlungen zu drei Dossiers erfolgreich beendet werden (zu weiteren drei Dossiers wurden vorläufige Einigungen erreicht), die Mitgliedstaaten konnten sich bei 17 Rechtsakten auf eine Ratsposition bzw. Verhandlungsposition mit dem Europäischen Parlament einigen und bislang wurden zwölf Empfehlungen bzw. Schlussfolgerungen des Rates angenommen. Darüber hinaus traf der Rat 270 Entscheidungen, welche die unterschiedlichsten Bereiche betreffen. Mit dem

Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission wurden bereits über 50 Verhandlungen zu Rechtsakten, sogenannte Trilogie, geführt.

Für den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung betreffen die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen das 9. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, die Zukunft des Europäischen Forschungsraums, die Forschung und Innovation im Dienst der Gesellschaft und die neue Generation des Programms Erasmus+. Diesbezüglich wurden während des österreichischen Vorsitzes die Verhandlungen zum Nachfolgeprogramm von Erasmus+ als zentrales Dossier im Bildungsbereich und das 9. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation im Wissenschafts- und Forschungsbereich begonnen.

Im Bereich Bildung (Bildung und Hochschulbildung) konnten bis zum Stichtag 17. Oktober bereits wesentliche Erfolge erzielt werden.

Der Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur „Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von im Ausland erworbenen Hochschulabschlüssen und Abschlüssen der Sekundarstufe II sowie der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland“ wurde im Bildungsausschuss (RAG) abschließend diskutiert und wird nunmehr dem COREPER zugeleitet.

Der Vorschlag zur Verordnung der neuen Generation des Erasmus+ Programmes wird derzeit noch im Bildungsausschuss (RAG) diskutiert.

Alle angekündigten Veranstaltungen im Bereich Bildung- und Hochschulbildung wurden bisher wie geplant umgesetzt. Die gesetzten Ziele wurden erreicht.

#### Zu Fragen 4 bis 6 und 8:

- *Wie hoch waren die gesamten zusätzlichen finanziellen Aufwendungen im BMBWF aus Anlass der österreichischen Ratspräsidentschaft?*
- *Wie hoch waren die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für Maßnahmen, die im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft im Wirkungsbereich des BMBWF umgesetzt wurden? Bitte um Auflistung nach Maßnahme.*
- *Wie hoch waren die finanziellen Aufwendungen für Veranstaltungen, Konferenzen, internationale Treffen, etc. im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft im Bereich Bildung? Bitte um Auflistung nach Veranstaltungstitel, Datum, Teilnehmer\_innenzahl und Kosten.*
- *Wurde auf externes Personal zurückgegriffen, dessen Kosten sich z.B. im Sachaufwand der jeweiligen Veranstaltungen befindet?*

Hinsichtlich der gesamten Aufwendungen im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft wird auf die grundsätzlichen Ausführungen zu Sachkonten bzw. den

Modus der Verrechnung von der EU-Ratspräsidentschaft zuzurechnenden Auszahlungen bei den sachlich zutreffenden Verrechnungskonten gemäß der Kontenplanverordnung 2013 sowie bei den im Haushaltsverrechnungssystem für Belange der EU-Ratspräsidentschaft eingerichteten Finanzstellen im Rahmen der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 1299/J-NR/2018 hingewiesen.

Im Hinblick auf die zum Stichtag der Parlamentarischen Anfrage derzeit laufenden Aktivitäten im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft ist eine Auflistung der finanziellen Aufwendungen nach Maßnahmen, Veranstaltungen, Konferenzen, internationalen Treffen, etc. nicht möglich, zumal deren Abrechnungen derzeit noch im Gange sind.

Zu Frage 7:

- *Wurde angesichts der EU-Ratspräsidentschaft zusätzliches Personal im BMBWF eingestellt?*
  - a. *Wenn ja, bitte um Angabe in VZÄ.*
  - b. *Wenn ja, wie hoch waren die dadurch entstandenen Kosten?*

Die exakte Anzahl aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der reibungslosen Abwicklung der Ratspräsidentschaft beteiligt sind, lässt sich nicht konkret beziffern, da eine Vielzahl an Organisationseinheiten des Ministeriums an der Mitarbeit für die Ratspräsidentschaft beteiligt sind und der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Tätigkeiten in den jeweiligen Organisationseinheiten erfolgt.

Zusätzlich wurden zur Bewältigung der Aufgaben für die Ratspräsidentschaft zum Stichtag der Anfragestellung im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (alle befristet) aufgenommen, davon zwei in Brüssel. Die Personalaufwendungen für diese zu 100% mit der Ratspräsidentschaft befassten zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beliefen sich im Monat Oktober 2018 auf EUR 61.674,12.

Wien, 8. November 2018

Der Bundesminister:

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann eh.

